

Entschließungsantrag **der Fraktion DIE GRÜNEN**

zur Erklärung der Bundesregierung

Entscheidungen und Maßnahmen von Bund und Ländern nach dem Großbrand bei der Firma Sandoz, Basel, und daraus resultierende Konsequenzen

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Brandkatastrophe von Basel mit ihren verheerenden Auswirkungen hat nach Seveso und Bhopal zum wiederholten Mal gezeigt, daß von der chemischen Industrie unschätzbare Risiken für Mensch und Umwelt ausgehen.

Ein solcher Unfall kann sich auch in der Bundesrepublik Deutschland, dem Land mit der größten Chemiedichte der Welt, täglich ereignen.

Das systemimmanente Gefährdungspotential der Großchemie wird verstärkt durch nur als kriminell zu bezeichnende Handlungsweisen des Managements der Großchemie:

So war der Fa. Sandoz AG seit 1981 bekannt, welche Umweltrisiken ihre Produktion und vor allem die Lagerhaltung in sich bergen. Dieses Risiko wurde bewußt in Kauf genommen, um einige hunderttausend Franken für Brandschutzeinrichtungen zu sparen.

Bei den Analysen des Rheinwassers wurden nach dem Brand hohe Konzentrationen des Unkrautvernichtungsmittels Atrazin festgestellt, ohne daß ein Störfall von einer der Baseler Chemiefirmen gemeldet worden wäre.

Vermutungen, daß dieses Gift nur von der Fa. Ciba Geigy stammen könne, wurden erst am 11. November 1986 bestätigt. Die Fa. Ciba Geigy teilte mit, es habe – zum Zeitpunkt des Brandes – einen Störfall gegeben, infolgedessen 400 Kilogramm Atrazin in den Rhein gelangten. Dieser Einlassung ist nur schwer zu folgen.

Nach Aussagen von Umweltminister Weiser muß damit gerechnet werden, daß auch andere Chemiefirmen die Gunst der Stunde nutzten und sich ungeliebter Altlasten entledigten.

Aus den genannten Gründen und entsprechend dem Vorsorgeprinzip, neben dem Verursacherprinzip tragende Säule des Umweltschutzes, ist es notwendig und ein Gebot der Stunde, die Handlungsweise der deutschen chemischen Industrie zu überprüfen und die bisher praktizierte Chemiepolitik zu hinterfragen.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. zu den Gesprächen zwischen Umweltminister Dr. Wallmann und dem Verband der Chemischen Industrie auch Vertreter/innen aller Fraktionen des Deutsche Bundestages und der Umweltverbände einzuladen;
2. eine Entgiftungskommission zu bilden;
3. die Zulassung aller Pestizide zu überprüfen.

Der Unfall hat gezeigt, daß die ökotoxikologischen Eigenschaften und mögliche Wechselwirkungen auf dem Markt befindlicher Pestizide ein weit höheres Gefährdungspotential darstellen, als angenommen;

4. ein sofortiges Produktions- und Lagerverbot aller in der Bundesrepublik Deutschland nicht zugelassener Pestizide (Exportverbot in Länder der Dritten Welt) anzuordnen;
5. bestehende Gesetze an das tatsächliche Gefährdungspotential der Chemie anzupassen, d. h. die
Novellierung der Gefahrstoff-Verordnung,
die Novellierung der Störfall-Verordnung,
die Novellierung der Gefahrgut-Verordnung;
6. das sofortige Inkrafttreten der Grenzwerte für Pestizide in der Trinkwasser-Verordnung festzuschreiben.

Bonn, den 12. November 1986

Borgmann, Hönes und Fraktion